

Siegfried Wenzel

Was war die DDR wert?

Mit einem Beitrag von Prof. Dr. Jörg Roesler

Das Neue Berlin

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-360-01302-6

1. Auflage dieser Ausgabe

© 2015 (2000) Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Verlag, unter Verwendung
eines Fotos von Kurt Schwarzer (Dt. Hist. Museum)

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe

www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de

Bemerkung des Verlags:

Dieses Buch ist ein stiller Bestseller – inzwischen über Jahre hinweg. Seit der Erstauflage im Jahr 2000 hat es sich viele zehntausend Mal verkauft und bereichert das Wissen derjenigen, die sich für die Ökonomie der DDR interessieren oder Teil von ihr waren, derjenigen, die die sozio-historischen Verwicklungen der Wendezeit erforschen wollen oder Ausschau halten nach alternativen Varianten eines gemeinwohlorientierten Wirtschaftens. Es zeigt auf, welche Rolle die Treuhandanstalt spielte und wie sich ihre der ganzen Volkswirtschaft aufgezwungene Zwangsversteigerung auf das Land, die Betriebe und die Menschen auswirkte.

Siegfried Wenzel (1929-2015) bohrt mit seinen kritischen Ausführungen auf einem Nerv, der Ost und West schmerzt und wohl deshalb in der Medienöffentlichkeit unisono ignoriert wurde. Ungeachtet dessen ist das Buch inzwischen zur Basislektüre zum Thema geworden und liefert mit seinen zahlreichen Fakten und Quellenhinweisen das passende Handwerkszeug für eine schonungslose Bilanz. Selten gestattet sich Wenzel Ironie; und angesichts der Demütigungen, die er bei seiner Teilnahme an den Verhandlungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als Vertreter eines kapitulierenden und sich unterwerfenden Staates hinnehmen musste und doch nicht persönlich genommen hat, darf man seine Darstellung insgesamt durchaus als souverän bezeichnen.

Es sind die analytische Schärfe des Autors, die Unabweisbarkeit der Tatsachen, die Allgemeinverständlichkeit dieser Schrift, die erstaunlich strenge Objektivität bei der Auswahl und Verwendung des (fast ausschließlich bundesdeutschen und eben nicht DDR-Quellen entstammenden) Zahlenmaterials – und es ist eben nicht allein das Millionen Menschen berührende Thema, was den Erfolg dieses Buches ausmacht. Ergänzt wird es in dieser nunmehr siebzehnten Auflage durch ein umfassendes Vorwort von Prof. Dr. Jörg Roesler, der sich als renommierter Wirtschaftswissenschaftler eingehend mit der DDR-Geschichte und -Ökonomie auseinandersetzt, und durch ein ausführliches Namensregister. Der gesamte Text wurde überdies neu durchgesehen, behutsam korrigiert, aktualisiert und ergänzt. Die gegenwärtige Geschichtsschreibung zum Thema DDR erfüllt beflissen ihren Delegitimierungsauftrag. Siegfried Wenzel aber ist kein Auftragsschreiber. Seine Schrift ist – Widerspruch in sich – ein sachliches Pamphlet. Eine verständige Streitschrift. Ein unüberbietbares Ärgernis.

Inhalt

Vorwort von Prof. Dr. Jörg Roesler	7
---	---

Vorbemerkung des Autors	51
--	----

Kapitel I

War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende?

Indikatoren der Pleite einer Wirtschaft	55
Die Auslandsverschuldung der DDR	60
Zur Inlandsverschuldung und zum Wert der Mark der DDR	72
Zum Vergleich des ökonomischen Niveaus BRD (alte Bundesländer) – DDR auf dem Gebiet von Produktivität und Effektivität	78
Die Ursachen des ökonomischen Rückstandes der DDR- Wirtschaft	82
Die wirtschaftliche Stellung der DDR im Vergleich zu den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft	105
Die Beziehungen DDR – UdSSR und die Stellung im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe	108
Gab es einen Ausweg?	117

Kapitel II

Zwischen Wende und Beitritt

Vom Mauerfall zur Wahl	125
Die Vorbereitung und Durchführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR	138
Die Abwicklung der Wirtschaft der DDR und die Rolle der Treuhandanstalt	170
Was war die DDR 1989 ökonomisch wert?	211
Legenden und Tatsachen zu den Transferzahlungen von West nach Ost	217

Kapitel III

Zu einigen Fragen des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems der DDR

Grundmängel	223
Zur Rolle des Planungssystems in der DDR	231
Planwirtschaft gleich Mangelwirtschaft?	256
Gab es in der DDR ein eigenes soziales, ökonomisches und bewusstseinsmäßiges Wertesystem?	275

Kapitel IV

Prognosen und Aussichten

Und wie weiter?	285
Welche Rolle kann man der Marktwirtschaft bei der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung zuordnen?	290
Zum Eigentum an Produktionsmitteln	296
Probleme und Möglichkeiten der Steuerung marktwirt- schaftlicher Strukturen	307

Anhang (Dokumente)

Standpunkt und Erklärung der Vertreter der DDR zu Fragen der Strukturanpassung ... (März 1990)	317
Wirtschaftsgemeinschaft DDR-BRD (Skizze von Prof. Dr. Karl Schiller; 13. Januar 1990)	321
Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schluß- folgerungen (30. Oktober 1989)	324
Quellenangaben	341
Namensverzeichnis	350
Abkürzungsverzeichnis	382

Vorwort von Prof. Dr. Jörg Roesler

Bemerkungen zu einem
bemerkenswerten Werk und seinem
Verfasser

Teil I

Siegfried Wenzel gehörte in der Wendezeit 1989/89 zu den Aktiven, allerdings war er anders aktiv als die aus zeitgenössischen Medienberichten bekannten »Aktivisten der Wendezeit«. Er machte keine Schlagzeilen. Wenzel leistete, von den Medien fast unbemerkt, verantwortungsvolle Arbeit: unter der Regierung von Willy Stoph bis zum November 1989 als stellvertretender Leiter der Staatlichen Plankommission, unter der Regierung von Hans Modrow bis März 1990 – Monaten, in denen sich die Staatliche Plankommission zur Wirtschaftskommission beim Ministerrat wandelte – und schließlich als Beauftragter in der Regierung von Lothar de Maizière, solange die noch für die Wirtschaft der DDR Verantwortung trug, d. h. bis zum Juli 1990.

Drei Dienstherren innerhalb eines Jahres, die seine Arbeit zu schätzen wussten. Wenzel wurde von Modrow in die Expertenkommission berufen, die das Abkommen über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ausarbeiten sollte. De Maizière bestätigte ihn auf diesem Posten. Schließlich wurde Siegfried Wenzel für den 18. Mai 1990 nach Bonn eingeladen. Anlass war die feierliche Unterzeichnung des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, unter den die Finanzminister Theo Waigel für die Bundesrepublik und Walter Romberg für die DDR in Anwesenheit von Helmut Kohl und Lothar de Maizière ihre Namen setzten.

Das Bild von der Unterzeichnung des Staatsvertrages, wie er offiziell genannt wurde, ging um die Welt: Ein äußerst zufriedener Theo Waigel, der lächelnd in die Kamera schaut, und ein DDR-Finanzminister, der bemüht ist, seine Gefühle nicht publik zu machen.¹

Es liegt nahe zu fragen: War Siegfried Wenzel ein Wendehals? Was dachte er sich, als er von einem Ministerpräsidenten zum nächsten wechselte? Fühlte er sich dabei wohl in seiner Haut? Bei seiner Tätigkeit?

Nun, wir müssen nicht vermuten, sondern wir wissen es – von ihm selbst. Er hat zu dieser Problematik nicht geschwiegen. Siegfried Wenzel war – zusammen mit seinen DDR-Kollegen der Expertenkommission – bemüht, die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR, die mit einer Währungsunion eingeleitet werden sollte, für die Betriebe in Ostdeutschland so verträglich wie möglich zu gestalten. Die Vertreter der DDR hielten es für notwendig, in einer Anlage zum auszuarbeitenden Staatsvertrag detaillierte Festlegungen zur Strukturanpassung in der DDR-Wirtschaft zu formulieren: Den Betrieben sollte zunächst eine Atempause gewährt werden, und eine Überflutung der DDR mit Westwaren war zu verhindern. In beidem waren sich die DDR-Vertreter einig. Aber sie saßen am kürzeren Hebel. Die Experten aus dem Westen lehnten die Einführung von Lieferkontingenten für westdeutsche Waren und andere Maßnahmen, durch die den ostdeutschen Betrieben eine zeitlich begrenzte Anpassungsphase gewährt worden wäre, rundweg ab.²

Angesichts dieser unkooperativen Haltung der Westexperten kam bei Siegfried Wenzel wiederum die Frage auf, die er sich erstmals gestellt hatte, als er in die Expertenkommission berufen worden war: Musst du da mitarbeiten? Und bist du – mit deiner Biographie – überhaupt geeignet dafür?

Während des hektischen Ablaufs der Arbeit in der Expertenkommission zwischen Mitte März und Mitte Mai 1990 hatte Siegfried Wenzel diese Fragen immer wieder verdrängt. Ihm war schlichtweg keine Zeit geblieben, sich eingehend damit zu beschäftigen. Erst als er dann zur Unterzeichnungszeremonie nach Bonn an den Rhein fuhr, tauchten die quälenden Fragen mit allem Nachdruck wieder auf. Wie verhielt sich Siegfried Wenzel nun angesichts der ambivalenten Situation? Der Leser kann es in diesem Buch nachlesen: »Ich suchte mir einen Platz in der hintersten Stuhlreihe.«³

Dass er dabei sein würde, wenn die Kapitulationsurkunde der DDR-Planwirtschaft unterschrieben würde, das war ihm wahrlich nie in den Sinn gekommen. Siegfried Wenzel hatte eine »echte« DDR-Karriere hinter sich: Geboren 1929 in Aue im Erzgebirge, studierte er als Absolvent der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät

Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig. Nach Studienabschluss war er im Zentralvorstand der gegenseitigen Bauernhilfe tätig gewesen, verantwortlich für bäuerliche Handels- und Molkereigenossenschaften. 1955 holte man den jungen Mann in die Staatliche Plankommission, ins Herzstück der DDR-Planwirtschaft. Hier leistete er gute Arbeit, stieg auf. 1967 avancierte er zum stellvertretenden Vorsitzenden. In dieser Funktion war er lange Jahre zuständig für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Plankoordinierung. Siegfried Wenzel gab sein Bestes auf verantwortungsvollem Posten. »Wir sind die Rechner«, proklamierte sein Kollege und Staatssekretär Heinz Klopfer gern. Siegfried Wenzel war es in besonderem Maße – ein Nach- und Durchrechner.

Der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Steinitz, der zwischen 1963 und 1980 Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission war, spricht mit Hochachtung von Siegfried Wenzels Tätigkeit dort.⁴ Wolfgang Rauchfuß, langjähriger Minister für Materialwirtschaft, 1993 befragt, hebt Wenzels stetes Bemühen um einen realistischen Plan hervor.⁵ Auch Gerhard Schürer, Wenzels Chef, zollt ihm in seinen Memoiren für seine geleistete Arbeit »Achtung und Respekt«⁶.

Siegfried Wenzel besaß Schürers volles Vertrauen, wie aus folgender Episode hervorgeht, über die der Vorsitzende der Plankommission berichtet: Die »Rechner« wussten zwar nicht alles, aber doch genügend über die prekäre wirtschaftliche Lage der DDR, um sich ernsthafte Sorgen zu machen. Wie man den Problemen begegnen könnte, war Gegenstand einer Unterredung zwischen ihm, Siegfried Wenzel und Alexander Schalck-Golodkowski im Mai 1988. Die drei Herren diskutierten die Möglichkeiten einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten als einen denkbaren Weg für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der DDR.⁷

Zehn Jahre später anlässlich einer Podiumsdiskussion darauf angesprochen, ob er, der besser als die meisten DDR-Bürger über die Mängel in der Wirtschaft und die geringer werdenden Chancen für die ostdeutsche Republik Bescheid gewusst habe, als »Reisekader« nicht versucht habe, aus der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre drohenden Krise herauszukommen und die DDR zu verlassen, machte Siegfried Wenzel kein Geheimnis aus seinem Standpunkt innerhalb dieser Zeit. Natürlich habe er sich darüber Gedanken gemacht, so Wenzel, sei aber eindeutig zu dem

Schluss gekommen: »Ich war Mitglied dieser Partei, der SED aus Überzeugung. Ich habe sehr früh gemerkt, dass das System Fehler hatte und dass die Parteidoktrin Fehler hatte, aber ich muss sagen: Ich habe nie daran gedacht, die Partei zu verlassen, oder man könnte auch sagen: zu verraten, die DDR zu verraten. Wir – es gab da einen Kreis von Leuten, von Freunden, die sich verständigt haben – wir haben gesagt: Wir müssen erreichen, dass wir die DDR und den Sozialismus besser machen. Es gibt einen Weg.«⁸

Wenzels verantwortungsvolle Arbeit vollzog sich jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit in DDR und Bundesrepublik. In Günter Buchs im Westen Deutschlands als exakte Informationsquelle hochgeschätzter Publikation »Namen und Daten wichtiger Personen der DDR«, das über 2300 Biographien enthält, bleibt Siegfried Wenzel unerwähnt. Im Vorwort der Ausgabe von 1979 entschuldigt Buch sich allerdings: »Wenn einige Funktionsträger fehlen, so hat das seinen Grund darin, dass über ihr Leben trotz größter Bemühungen keine Daten vorlagen.«⁹ Zweifellos traf das auch auf Siegfried Wenzel zu.

Weniger verständlich ist, warum Siegfried Wenzel auch im bekanntesten »nachwendischen« biographischen Lexikon »Wer war wer in der DDR?« nicht erwähnt wird, selbst in der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen, überarbeiteten und erweiterten Neuausgabe dieses Lexikons vom Jahre 2009 nicht, in der mehr als 2700 Personen vorgestellt werden.¹⁰ Vorgedrängt hat sich Siegfried Wenzel offensichtlich niemals, nicht nur während der Unterzeichnungszereemonie des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht.

Mit der Übernahme des Wirtschaftsregiments in der DDR nach dem 1. Juli 1990 durch Bonner Minister wie Theo Waigel verlor Siegfried Wenzel gewissermaßen seinen Arbeitsgegenstand. Er wurde aus seinem Amt entlassen und verdiente sein Geld fortan mit der Umschulung Arbeitsloser im Fach Buchführung am ehemaligen Institut für Wirtschaftsführung des Ministeriums für Bezirksgeleitete Industrie in Berlin-Baumschulenweg. Spätestens ab 1994, als er planmäßig in Rente ging, hatte er mehr Zeit, über seine frühere Tätigkeit und über die Wirtschaft der DDR nachzudenken. Hatte die DDR untergehen müssen? Lag es »nur« an der Planwirtschaft oder aber an dem Politikverständnis und der politischen Praxis der SED-Führung?

Siegfried Wenzel erarbeitete sich – sicher ein schmerzlicher Prozess für einen, der an der Gestaltung der DDR jahrzehntelang

mitgewirkt hatte – dazu seine Meinung, mit der er nicht mehr hinter dem Berg hielt. Es drängte ihn, der bislang stets im Hintergrund gearbeitet hatte, jetzt förmlich, die Erkenntnisse und Schlüsse, die er sich erarbeitet hatte, anderen mitzuteilen. Vor allem, als mit der Bildung der ersten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« im Mai 1992 mit Nachdruck und beträchtlichem finanziellen und personellen Aufwand damit begonnen wurde, die DDR-Geschichte zu diffamieren.

Die Historikerin Carola S. Rudnick von der Universität Lüneburg schätzt in ihrer Publikation zur Geschichtspolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR ein, dass mit der Enquete-Kommission »die Regierungskoalition deutlich ›Geschichte von oben‹ betrieben und zu einer offiziellen Reduktion der DDR auf den SED-Staat beigetragen habe.« Leitideologie dieser Geschichtspolitik sei »durchweg der Antikommunismus« gewesen.¹¹ Auch die Wirtschaftsführung und -entwicklung hat die Enquete-Kommission so behandelt, dass sie in das Schema passte.

Siegfried Wenzel beschloss, gegen diese Verdammung der DDR aufzutreten – mit Vorträgen und durch Veröffentlichungen. Die Frage: War die DDR wirtschaftlich am Ende? wollte er gemäß seinen Erkenntnissen beantworten. Sie wurde zum Titel eines Vortrages, den er 1998 in der »Hellen Panke«, der Berliner Filiale der der Linken nahe stehenden Rosa-Luxemburg-Stiftung, hielt. Weshalb er mit seinen Ausführungen an die Öffentlichkeit gegangen sei, legt Siegfried Wenzel in einer Vorbemerkung dar: »In der letzten Zeit verstärken sich die Aufforderungen von Repräsentanten, von Politikern der BRD, die Geschichte der DDR aufzuarbeiten. Diese Aufforderung ist meistens mit dem Ziel verbunden nachzuweisen, dass die DDR ein ›Unrechtsstaat‹ gewesen sei, ein ›spättotalitäres System‹, dass ihre Wirtschaft völlig versagt habe, nicht funktionsfähig gewesen sei und dass die sich aus der gewählten Form der Vereinigung ergebenden nicht unbeträchtlichen Transferleistungen eine ›Erblast‹ des Versuchs zur Schaffung einer anderen als kapitalistischen Gesellschaft wären. Damit sollen die Menschen in den neuen Bundesländern in Demut, in eine dankbar-unterwürfige Haltung gegenüber dem ›siegreichen‹ System, gegenüber dem anderen Teil Deutschlands gezwungen werden. Die Bevölkerung der DDR wird indirekt dafür verantwortlich gemacht, dass sie ein ›verbrecherisches System‹ geduldet und 40 Jahre in ihm gelebt habe, das angeblich

einen Scherbenhaufen hinterlassen hat. Das Lebenswerk einer ganzen Generation wird ignoriert und in eine ›Erblast‹ der Altbundesbürger umgelogen. Man sollte«, schließt Wenzel die Vorbemerkung, »diesen Auseinandersetzungen nicht ausweichen«. ¹²

Aus dem Vortragstext wurde eine Broschüre, ebenso wie im Falle zweier späterer Vorträge in der »Hellen Panke«, in denen es um Eigentumsfragen in der Marktwirtschaft und um das Problem von Erscheinungen der Mangelwirtschaft in der DDR ging. ¹³

Siegfried Wenzels Motive, warum er sich nicht auf Selbsterkenntnis über seine Tätigkeit in der Staatlichen Plankommission und über das Schicksal der DDR-Wirtschaft beschränkte, werden deutlich. Seine Beweggründe, zur DDR-Wirtschaftsgeschichte Stellung zu nehmen, liegen auch späteren öffentlichen Auftritten und nicht zuletzt dem vorliegenden Buch zugrunde.

Wenzel nutzte in der Folgezeit alle sich bietenden Möglichkeiten, seine Gedanken einer breiteren Öffentlichkeit kund zu tun. So auch in der Veranstaltungsreihe »Forum Berlin« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das war für mich die Gelegenheit, ihn und seine Auffassungen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte anlässlich einer der Podiumsdiskussionen kennenzulernen. Dieses Podium war hochrangig besetzt: Der langjährige Chef der Statistischen Zentralverwaltung, Arno Donda, diskutierte mit, ebenso wie Claus Krömke, »Mittags Persönlicher«, wie der wissenschaftliche Mitarbeiter des SED-Wirtschaftsverantwortlichen Günter Mittag intern genannt wurde. Von westlicher Seite war Doris Cornelsen auf dem Podium vertreten, bis 1993 Leiterin der Abteilung »DDR und östliche Industrieländer« im Deutschen Institut für Wirtschaft aus Berlin-Zehlendorf. Als Diskussionsthema war »Anatomie einer Pleite. Der Niedergang der DDR-Wirtschaft seit 1971« festgelegt worden.

Von den Podiumsteilnehmern meldete sich Siegfried Wenzel als Erster zu Wort. Er machte aus seinem Unbehagen gegenüber dem vom einladenden Verantwortlichen der Friedrich-Ebert-Stiftung formulierten Thema kein Geheimnis und erklärte: »Es gibt zwei Kriterien, wann man von der Pleite der Volkswirtschaft eines Staates sprechen kann: Das erste Kriterium besteht darin, dass der Staat seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland nicht mehr nachkommen kann. Das zweite entscheidende Kriterium besteht darin, dass er seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinen eigenen Bürgern nicht aufrechterhalten kann. Keiner der Faktoren traf auf die DDR zu. Ich möchte die vielleicht provokatorische Feststellung treffen: Die DDR war im

Jahre 1989 weder wirtschaftlich am Ende noch war sie pleite.« Diese Feststellung untermauerte er mit Zahlen und Fakten und legte Vergleichsdaten zu anderen – west- und südeuropäischen – Ländern vor. Auf die Zuhörer hagelten aussagekräftige statistische Daten nieder – ein Paukenschlag zur Eröffnung, der der weiteren Podiumsdiskussion vermutlich eine andere Richtung gab als vom Veranstalter beabsichtigt.¹⁴

Das Thema einer vermeintlichen »DDR-Pleite« stand von Anfang an im Mittelpunkt von Siegfried Wenzels Bemühungen, den verzerrenden Darstellungen der DDR-Wirtschaftsgeschichte energisch entgegenzutreten. Höhepunkt dieser Bestrebungen war zweifellos das vorliegende Buch, in dem er den Pleite-Vorwurf aus der Sicht des Fachmanns, des scharfsinnigen Analytikers und konsequent Nachdenkenden widerlegt.

Siegfried Wenzels Monographie erschien erstmals im Jahre 2000 und ist von der Eulenspiegel-Verlagsgruppe mehrfach neu aufgelegt worden. Seitdem sind anderthalb Jahrzehnte vergangen. Natürlich ist die Zeit nicht stehengeblieben. Die politischen Aktionen, die die einen unter »Beitritt der DDR zur Bundesrepublik« zusammenfassen und die andere als »Anschluss der DDR an die BRD« bezeichnen, sind inzwischen ein Vierteljahrhundert her. Es ist reizvoll zu untersuchen, welche von Siegfried Wenzels Zukunftswünschen bzw. -befürchtungen sich bewahrheitet haben oder ob nicht ganz neue Entwicklungen zu beobachten sind. Gleichzeitig haben sich die Zeithistoriker seit der Erstauflage des Buches weiter mit der DDR beschäftigt. Teilweise mit Verwunderung, teilweise mit Neid wird von Seiten der internationalen Historikerschaft konstatiert, dass es wohl kaum ein europäisches Land gäbe, dessen Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges so intensiv erforscht würde wie die der DDR. Haben diese Forschungen über die DDR-Entwicklung zu neuen Fakten und Interpretationen geführt, von denen Siegfried Wenzel noch nichts hatte wissen können? Inwieweit beeinträchtigen oder bekräftigen sie Wenzels auf dem damaligen Erkenntnisstand beruhende Aussagen? Ist die eine oder andere seiner Feststellungen obsolet geworden? Oder haben sie sich bestätigt? Diesen Fragen soll im folgenden Abschnitt nachgegangen werden. In einem dritten Teil werden die von Siegfried Wenzel am Ende des ersten Jahrzehnts nach dem Anschluss der DDR an die BRD getroffenen Einschätzungen – soweit sie sich auf die Zukunft bezogen – im Lichte des Jahres 2015 betrachtet.

Kapitel I

War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende?

Dieser Frage wird sehr unterschiedlich begegnet. Eine möglichst vorurteilsfreie Antwort setzt die Klärung des Begriffs »wirtschaftlich am Ende« voraus.

Indikatoren der Pleite einer Wirtschaft

Was sind die Kriterien für ein wirtschaftliches Ende?

- Ist es das Ende des wirtschaftlichen Wachstums?
- Sind es Produktionseinbrüche und massenhaft brachliegende Produktionskapazitäten?
- Ist es eine Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass mehr als 50 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, in der Obdachlosigkeit grassiert?
- Trifft dies zu, wenn für beträchtliche Teile der Bevölkerung keine Renten, keine Löhne und kein Wohnraum bereitgestellt werden können?

Alle diese Faktoren hängen irgendwie mit dem Bankrott einer Volkswirtschaft, dem wirtschaftlichen Scheitern eines Systems zusammen. Sie sind aber nicht eindeutig definierte Kriterien eines solchen Bankrotts. Wegen keines dieser Faktoren im Einzelnen wird gegenwärtig zwangsläufig der wirtschaftliche Bankrott einer Volkswirtschaft oder eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems auf die Tagesordnung gesetzt. Als Beispiele hierfür stehen gegenwärtig noch immer Indien, Pakistan, Russland, Indonesien, die südostasiatischen Länder und selbst Japan, die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt.

Die übergeordneten Kriterien sind offensichtlich

- ein langanhaltender Rückgang der Produktion bzw. der Leistung einer Volkswirtschaft, der zum ökonomischen und sozialen Kollaps führt;
- die Zahlungsunfähigkeit einer Wirtschaft, die besonders im Unvermögen sichtbar wird, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen.

Mit der Formulierung »wirtschaftlich am Ende« wird die Frage des Bankrotts einer ganzen Volkswirtschaft aufgeworfen, falls die Situation nur dann zu beherrschen ist, wenn massive Hilfe von außen in volkswirtschaftlichen Größenordnungen geleistet wird. Dabei wirken oftmals beide Faktoren zusammen.

Wie war die wirtschaftliche Situation der DDR hinsichtlich dieser beiden entscheidenden Indikatoren? Gab es in der DDR eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung oder sogar Einbrüche und Rückgänge?

- Über einen Zeitraum von siebzehn Jahren hatte sich die DDR stabil entwickelt. Der Leistungszuwachs betrug pro Jahr durchschnittlich 4 %.
- Das Wachstum aller produzierenden Bereiche (gesellschaftliches Gesamtprodukt zu vergleichbaren Preisen) betrug auch 1980 bis 1989 noch 2,3 % jährlich.
- Das Wachstum des produzierten Nationaleinkommens, d. h. des dynamischen Teils des Gesamtproduktes lag 1980 bis 1989 bei 3,9 % und 1985 bis 1989 bei 3,1 %.¹

Es gab also ein beträchtliches und auch kontinuierliches Leistungswachstum, wenn auch – ausgedrückt im Wachstum des Nationaleinkommens – in den Jahren 1985 bis 1988 in einer sich abschwächenden Kurve. Die DDR konnte bis zum letzten Tag ihre ökonomische Existenz aufrecht erhalten, bis zur Währungsunion und zur Umstellung auf die D-Mark am 1. Juli 1990 jede fällige Rechnung im Handel mit ausländischen Partnern in Ost und West bezahlen, konnte die Versorgung der Bevölkerung stabil gewährleisten. Dies gelang ihr selbst unter den seit einem drei viertel Jahr andauernden turbulenten Umbruchsbedingungen, bei einem ständig anschwellenden Touristenstrom und dem unter den Bedingungen der offenen Grenze irrelevanten Umtauschkurs von Mark der DDR in D-Mark. Dabei hatte

die Bundesregierung die von der Regierung Modrow bei ihrem Besuch in Bonn im März 1990 erbetene ökonomische Unterstützung – auch zur valutaseitigen Abstützung des zunehmenden Reiseverkehrs – in Höhe von 5 bis 6 Mrd. DM schroff abgewiesen. Sie wollte dadurch den Druck auf eine schnelle Herbeiführung der Währungsunion und den Anschluss des Gebiets der DDR an die BRD gemäß Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes wesentlich verstärken und diesen Anschluss unumkehrbar machen. Die DDR-Ökonomie war offensichtlich stabil und verfügte über innere Reserven, so dass sie diese schwierige Zeit ohne wesentliche Einbrüche meisterte.

Im Inneren der Volkswirtschaft waren jedoch mit dem Kurs Honeckers, der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«, ernsthafte Probleme herangewachsen. Dieser an sich wünschenswerte, auf die beschleunigte Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse gerichtete Kurs war durch die tatsächliche Leistungsentwicklung der Volkswirtschaft nicht abgedeckt. Er beruhte einerseits auf der zunehmenden Verschuldung gegenüber den westlichen Valutaländern sowie andererseits auf der Senkung der Akkumulation am verteilbaren Nationaleinkommen, d. h. der Senkung des Anteils derjenigen Mittel, die für die Erhaltung und Modernisierung der produktiven Grundfonds, des Verkehrs und der Infrastruktur zur Verfügung standen.

Was besagen die Fakten?

- Der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen war von 29 % 1970 auf 21 % 1988 zurückgegangen, die produktive Akkumulation vor allem im Zusammenhang mit dem für die gegebenen ökonomischen Verhältnisse ehrgeizigen Wohnungsbauprogramm von 16,1 % auf 9,9 %.
- Wichtige, für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bedeutende Zweige wie Mikroelektronik, Veredelungsmetallurgie, Erdöl- und Erdgaschemie hatten sich – wenn auch mit zeitlichem Rückstand gegenüber den fortgeschrittenen Industriestaaten – respektabel entwickelt. Aber durch die Konzentration der Investitionen auf solche ausgewählten Bereiche waren die Ausrüstungen, der Kapitalstock der produzierenden Bereiche insgesamt, zunehmend gealtert. Der Verschleißgrad der Ausrüstungen hatte sich beträchtlich erhöht:

	1975	1988
in der Industrie	von 47,0 %	auf 53,8 %
im Bauwesen	von 49,5 %	auf 67,0 %
im Verkehrswesen	von 48,4 %	auf 52,0 %
in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft	von 50,2 %	auf 61,3 %

Der hohe Verschleißgrad war einer der Hauptgründe, weswegen der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie mit 40 % sehr hoch und seit 1980 nicht mehr gesunken war. Darin lag zugleich eine entscheidende Ursache für den Rückstand in der Arbeitsproduktivität.

- Verstärkt wurde dies dadurch, dass es auch innerhalb der Akkumulation Umschichtungen gab. Während die Akkumulation in den produzierenden Bereichen im Zeitraum 1970 bis 1988 auf 122 % stieg, erhöhten sich die Investitionen in den nicht produzierenden Bereichen, vor allem für den Wohnungsneubau und die Bildung, auf 200 %. Dabei sind durch die Konzentration der Mittel für den Wohnungsneubau solche für die Lebenslage der Bevölkerung wichtigen Bereiche wie das Gesundheitswesen und die Erhaltung des Wohnungsbestandes vernachlässigt worden. Besonders bedrückend waren die Rückstände auf den Gebieten der Infrastruktur (Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Wasserwirtschaft) und des Umweltschutzes.²

Die Zuspitzung dieser Problematik, vor allem in den letzten Jahren der DDR ab 1985, wird durch folgende Fakten belegt:

- Die Pläne wurden in steigender Größenordnung nicht mehr erfüllt. Gegenüber den Zielen des Fünfjahrplans trat 1986 bis 1989 ein Rückstand bei der industriellen Warenproduktion von 88 Mrd. M und bei den volkswirtschaftlichen Endprodukten von 36 Mrd. M ein.
- Da die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Plan festgelegt waren und auch nicht mehr zurückgenommen werden konnten, stiegen die Geldfonds der Bevölkerung 1986 bis 1989 mit 4,3 % jährlich wesentlich schneller an als das produzierte Nationaleinkommen. Die Einnahmen aus gesellschaftlichen Fonds (die sogenannte »zweite Lohntüte«) wuchsen mit 4,9 % jährlich, die staatlichen Subventionen aus dem Staatshaushalt, hauptsächlich

zur Aufrechterhaltung des niedrigen Preisniveaus für den Grundbedarf der Bevölkerung, für niedrige Verkehrstarife und Wohnungsmieten, sogar mit 7 %. Dadurch entstand ein Kaufkraftüberhang von 6 Mrd. M. Das entsprach etwa einer Inflationsrate von 4 bis 5 %. Die Spareinlagen der Bevölkerung kletterten dabei von 124,6 Mrd. M 1985 auf 160 Mrd. M 1989, wofür der Staat mit rund 5 Mrd. M Zinsen (3 % auf alle Spar- und auch Girokonten!) jährlich mehr Kaufkraft schuf, als der gesamte Zuwachs des Warenfonds für die Bevölkerung jährlich ausmachte. Das war eine Hauptursache für die auftretenden Mangelerscheinungen in der Versorgung der Bevölkerung, da dieser auch für andere entwickelte Länder zeitweise nicht unübliche Geldüberhang durch die Beibehaltung eines starren Preissystems nicht aufgefangen werden konnte.

- Infolgedessen waren die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber dem Kreditsystem, d. h. die Staatsverschuldung, von 12 Mrd. M 1970 und 43 Mrd. M 1980 nun auf 123 Mrd. M im Jahre 1989 gestiegen.

Das waren bei relativ stabilem Wachstum zweifellos komplizierte strukturelle Probleme der inneren ökonomischen Lage der DDR. Hinzu kam, dass das praktizierte System der Leitung und Planung der Wirtschaft ernsthafte Fehler und Mängel aufwies, dass die Ökonomie von den Grundprinzipien her einer voluntaristischen und oftmals rein subjektivistisch bestimmten Politik strikt unterworfen war, was es nicht erlaubte, die Möglichkeiten und Potenzen der Ökonomie voll zu entfalten und wirksam zu machen.

Die Ursachen dieser Entwicklung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Erstens: Die grundlegenden, »genetischen« Fehler des sozialistischen Gesellschaftsmodells:

- Die Beanspruchung des Wahrheits- und Weisheitsmonopols einer selbsternannten führenden Kraft, ihr Ausschließlichkeitsanspruch, der die Grundlage für die Unterdrückung anderer Meinungen sowie eines verbreiteten Voluntarismus war.
- Die Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus, der die bedingungslose Unterordnung der unteren Einheiten unter das führende Zentrum beinhaltete und nicht nur das grundlegende Organisationsprinzip der kommunistischen

Parteien, sondern auch der Gestaltung und Funktion der Gesellschafts- und Wirtschaftsorganisation war.

- Die strikte Unterordnung der Wirtschaft unter das Primat der Politik einer allein führenden Partei und damit die tendenzielle Negierung der objektiven Eigengesetzlichkeit der Ökonomie.

Zweitens: Die langfristig und konstant wirkenden Grundfehler des Ansatzes der Wirtschaftspolitik Honeckers, die vor allem in Folgendem bestanden:

- Voluntaristische Bestimmung des Gesamtrahmens der Wirtschaftsentwicklung mit einem Zuwachs des Nationaleinkommens von 4 % jährlich, ausgehend von politisch und sozial durchaus Wünschenswertem (Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik), ohne die Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen, vor allem im Unterschied zur BRD, zu berücksichtigen.
- Das Festhalten an diesem Konzept trotz weitreichender weltwirtschaftlicher Veränderungen, die auch die wirtschaftliche Situation der DDR wesentlich beeinflussten (Ölpreisschock, Anstieg der Rohstoffpreise allgemein, zunehmende ökonomische Schwäche der UdSSR auf Grund der Überrüstung).

Drittens: Es erwies sich, dass das realsozialistische Wirtschaftsmodell, das den Regulationsmechanismus der Märkte durch die zu einem ökonomischen Gesetz erhobene planmäßig-proportionale Entwicklung der Wirtschaft auf der Grundlage der Vergegenschaftung (Verstaatlichung) der Produktionsmittel ersetzen sollte, diesem in Funktionalität und Effizienz unterlegen war.

Die Auslandsverschuldung der DDR

Der Umfang der Verschuldung gegenüber den westlichen Valutaländern spielte seit den siebziger Jahren eine zunehmend wichtige Rolle und unterlag der strengsten Geheimhaltung. Die Verschuldung wurde aber zumindest ab den achtziger Jahren – merkwürdigerweise auch in den geheimen Materialien für die Partei- und Staatsführung – entschieden zu hoch ausgewiesen. Da die Valutaverschuldung als ein Hauptbeweis für die »Pleite des SED-Staates« angeführt wird, muss sie in diesem Zusammenhang ausführlicher

behandelt werden. Grundlage und sicher unverdächtigter Zeuge hierfür ist der offizielle Bericht der Deutschen Bundesbank »Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975–1989« vom August 1999.³

Stabil und günstig für die DDR waren die Zahlungsbilanzbeziehungen mit den sozialistischen Ländern. Früher seitens der UdSSR an die DDR gewährte Kredite in Rubel und freier Valuta waren bereits zurückgezahlt. Die DDR verfügte 1989 gegenüber der UdSSR über nicht unbeträchtliche Aktivsalden. Diese ergaben sich aus den Investitionsbeteiligungen der DDR in der UdSSR beim Bau der transkontinentalen Erdöl- und Erdgasleitungen und einigen anderen Projekten.

Anders lagen die Dinge hinsichtlich der Nettoverbindlichkeiten gegenüber westlichen Valutaländern, d. h. den Schulden in freier Valuta. Dabei war das »Über-die-Verhältnisse-Leben« nur eine Ursache des Anstiegs der NSW-Verschuldung. Ein zweiter entscheidender Faktor, der sich immer mehr zu einem gesamtwirtschaftlichen Problem ausweitete, war die Entwicklung des internationalen Erdölpreises als ein gewichtiger Vorbote der umfassenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse über die nationalen Ländergrenzen hinweg.

Wodurch ist das belegbar? Ab 1970 gab es ein ständiges Ansteigen der Weltmarktpreise für Erdöl – von 2 bis 3 \$ pro Barrel (159 Liter) auf 17 bis 18 \$ 1979. Dieser Preis wurde 1979/80 schlagartig noch einmal auf 34 bis 35 \$ pro Barrel verdoppelt. Im Sog dieser Entwicklung stiegen auch die Preise für viele andere Rohstoffe, darunter Buntmetall, Baumwolle, Kaffee u. a. In den westlichen Industrieländern wurde diese Situation mit dem Begriff »Ölpreisschock« charakterisiert. Es wurden drastische Einsparungsmaßnahmen beim Einsatz von Erdölprodukten veranlasst, darunter z. B. auch Sonntagsfahrverbote.

Für die DDR hatte diese Entwicklung sowohl negative als auch positive Konsequenzen. Eine wesentliche negative Auswirkung war die Tatsache, dass die UdSSR ihre langfristig vertraglich vereinbarten Erdöllieferungen von 19,3 auf 17,3 Mio. t jährlich reduzierte, d. h. um mehr als 10 %. Hierdurch versuchte sie, ihre eigene prekäre Devisensituation durch erhöhte Erdölexporte zu verbessern. Zuvor war auf der Grundlage moderner japanischer Technologien und Ausrüstungsimporte eine Verarbeitungskapazität von zirka 21 Mio. t aufgebaut worden. Andererseits wurde

die Preiserhöhung für Erdöl und Erdgas entsprechend der Steigerung der Weltmarktpreise für die DDR erst im Rahmen eines Anpassungsprozesses von drei bis fünf Jahren wirksam.

Angesichts dieser Situation und der ständig steigenden Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) entschloss sich die DDR-Führung auf Drängen Günter Mittags – als ZK-Sekretär der SED für Wirtschaftsfragen der Planwirtschaft zuständig – für eine immense volkswirtschaftliche Anstrengung: Mit Hilfe eines sogenannten »Heizölprogramms« sollte fast ein Drittel des schon durch die Lieferkürzung der UdSSR reduzierten Heizöleinsatzes der DDR – zirka 6 Mio. t – aus dem inneren Verbrauch freigesetzt und zu den stark gestiegenen Preisen und den günstigen Bedingungen des innerdeutschen Handels (zollfrei) im Wesentlichen in die BRD exportiert werden.

Das brachte beträchtliche Deviseneinnahmen, so dass in den Jahren 1981 bis 1985 ein Exportüberschuss von jährlich 2 bis 4 Mrd. Valutamark (VM) erzielt werden konnte. Die in der Planzahlungsbilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem westlichen Ausland konnten in dieser Zeit bei 28 Mrd. VM stabilisiert werden. Wenn die damals streng geheimgehaltenen Devisenreserven und Guthaben des Bereiches Kommerzielle Koordination (KoKo) berücksichtigt werden und damit die tatsächliche Nettoverschuldung erfasst wird, zeigt sich – belegt durch die Angaben der Deutschen Bundesbank vom August 1990 – sogar ein Rückgang dieser Verbindlichkeiten auf 15,5 Mrd. VM bis 1985. Die Liquiditätsreserven waren nach denselben Angaben von 3,2 Mrd. VM 1981 auf 30,2 Mrd. VM 1985 angestiegen.

Das war nicht nur keine Zuspitzung, sondern eine wesentliche Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation der DDR in einer ihrer schwierigsten Entwicklungsperioden und zur Zeit des Kalten Krieges. Sie wurde allerdings durch das Heizölprogramm mit einer gewaltigen volkswirtschaftlichen Anstrengung zu Lasten der Akkumulation und damit der Erhaltung und Erneuerung der Grundfonds sowohl in den produktiven Bereichen, der Infrastruktur sowie des Gesundheitswesens erkauft.

Damit konterkarierte die DDR eine vom amerikanischen Unterstaatssekretär Sonnenfeld auf einer Konferenz mit den Botschaftern der USA Mitte der sechziger Jahre erörterte und in der »Neuen Zürcher Zeitung« ausgeplauderte Strategie des Kalten Krieges. Diese beinhaltete, den schwer zerstörten

osteuropäischen Staaten zunächst Valutakredite zu gewähren, die Schuldenfalle jedoch zu einem günstigen Zeitpunkt zuschnappen zu lassen und die Länder politisch zu erpressen. Das gelang zu Beginn der achtziger Jahre partiell: Ungarn unterwarf sich dem Diktat des IWF (Internationaler Währungsfonds), Polen war gezwungen, Umschuldungsverhandlungen zu führen, Kuba erklärte einseitig ein Zahlungsmoratorium, Ceausescu senkte die zentrale Wärmeversorgung der Wohnungen in Rumänien auf 16°.

Das Heizölprogramm erforderte die Umverteilung von zirka 12 Mrd. M Investitionen aus der bereits akkumulationsgeschwächten Wirtschaft auf diese Aufgabe. Dies verschärfte die bestehenden strukturellen Probleme und schuf weitere. Die bereits weltgrößte Förderung von Rohbraunkohle wurde von 258 Mio. t 1980 auf 312 Mio. t 1985 erhöht, was eine Steigerung um 21 % bedeutete. Die Umverteilung von 12 Mrd. M Investitionen entsprach der Jahressumme der Investitionen der Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Verkehr sowie Post- und Fernmeldewesen zusammengenommen.

Während durch das Heizölprogramm das weitere Anwachsen der Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW in einer international komplizierten Situation verhindert werden konnte, verschärfen sich die strukturellen Probleme der DDR beträchtlich. Die Umweltbelastung mit Kohlendioxid und Schwefel stieg an. Der für den Zeitraum 1981 bis 1985 beschlossene Fünfjahrplan unterlag wesentlichen Änderungen und wurde in seinen Hauptkennziffern nicht erfüllt. Andererseits brauchte die DDR-Führung den von Franz Josef Strauß eingefädelten Milliarden-Kredit und den von der Bundesregierung gestützten Anschlusskredit nicht voll in Anspruch zu nehmen. Auf diese Weise konnte sie ihren Ruf als pünktlicher Zahler eingegangener Zahlungsverpflichtungen festigen.

Eine dramatische Wende für die ökonomische Entwicklung der DDR trat mit dem Verfall des Erdölpreises nach dem Wirksamwerden der Gegenmaßnahmen der entwickelten Industrieländer, darunter der Aufnahme der Förderung des Nordseeöls, ein. Zur Jahreswende 1985/86 verringerte sich der Erdölpreis auf dem Weltmarkt von 34 bis 35 \$ pro Barrel auf 14, 12 und zeitweise auf 8 \$, d. h. auf etwa ein Drittel, obwohl das materielle Produkt in Höhe von ca. 6 Mio. t weiterhin exportiert werden musste. Somit entfiel eine Haupteinnahmequelle von Devisen.

Der mit dem Fünfjahrplan 1986 bis 1990 geplante Exportüberschuss von 2 bis 3 Mrd. VM jährlich sank von 1986 bis 1989 auf 100 bis 200 Mio. VM. Allein in den Jahren 1986 bis 1989 trat ein Valutaausfall gegenüber dem Plan in Höhe von 6,6 Mrd. VM ein. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW wuchsen wieder an. Diese Situation war kurzfristig nicht zu ändern. In der Plankommission rechnete man für 1991/92 mit ernsthaften Zahlungsbilanzschwierigkeiten, wenn es keine weitreichenden Änderungen der Wirtschaftspolitik geben würde.

Wenn man die Frage nach dem Zeitpunkt stellt, ab dem eine deutliche Wende in der ökonomischen Lage der DDR und eine zunehmend abschüssige Entwicklung einsetzten, dann kann man ihn – unter Berücksichtigung der differenzierten Wirkung langfristiger und kurzfristiger Faktoren – mit einiger Sicherheit auf die Jahreswende 1985/86 terminieren. Ausgelöst wurde die dramatische Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation durch die schlagartige Senkung des Weltmarktpreises für Erdöl und Erdölprodukte. Was für die entwickelten Industrieländer, darunter auch die BRD, eine wesentliche Entlastung und Verbesserung der ökonomischen Situation bedeutete, stellte die DDR perspektivisch vor kaum lösbare Probleme. Sie zu beherrschen, hätte eine grundsätzliche Änderung der Politik, darunter der Wirtschaftspolitik erforderlich gemacht.

Diejenigen, die den Beginn des finalen Abschnittes der ökonomischen Entwicklung der DDR auf die Jahre 1970 oder 1980 legen,⁴ haben einige Argumente auf ihrer Seite. Die langfristig wirkenden Fehler des Grundansatzes von Honeckers Wirtschaftspolitik hätten ohne eine Veränderung dieser Politik zu einem bestimmten Zeitpunkt ebenfalls zu einer unbeherrschbaren Situation geführt.

Diese Sachlage war zunehmend Gegenstand zentraler Aktivitäten und Lösungsversuche, ohne jedoch – wegen der Entscheidungsangst des Politbüros und insbesondere Honeckers – tatsächlich zu Ergebnissen zu führen. Glaubt man den Legenden, soll dass es dazu keine Diskussionen, Auseinandersetzungen und Vorschläge gegeben haben. Doch wurde im Mai 1986 durch die Staatliche Plankommission ein Beschluss vorgelegt: »Vorschläge von Maßnahmen zur ökonomischen Stärkung der DDR unter Berücksichtigung der veränderten Preise für Erdölprodukte 1986 und für den Fünfjahrplan 1986 bis 1990«⁵. Nach Darlegung der

Situation hieß es dort: »Das erfordert jetzt die notwendige Wende einzuleiten ... Die Lösung erfordert grundlegende Maßnahmen für den Fünfjahrplan 1986 bis 1990 und Sofortmaßnahmen für den laufenden Plan 1986.« Der Ausweg wurde jedoch unter dem Druck der Führung zunächst erneut in Festlegungen für unrealistisch hohe Zielstellungen bei Leistungswachstum, Effektivität und Exportsteigerung gesucht.

Der Beschluss enthielt zugleich ein interessantes Detail: »Um die Akkumulationskraft der DDR zu stärken, sind einige Investitionsobjekte, die eine hohe Rentabilität und sichere Rückzahlung gewährleisten, als NSW-Anlagenimporte auf der Basis langfristiger Kredite dem Politbüro zur Entscheidung vorzulegen.« Als erstes wurde das Projekt »tiefere Spaltung Erdöl« in Schwedt bestätigt. Da es weder möglich war, auch nur für die Anzahlung die zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, noch Investitionen umzuschichten, beschloss das Politbüro am 26. August 1986, diese Anlagen- und Technologieimporte »zur zielstrebigsten Erneuerung der Produktionsbasis, insbesondere der Elektrotechnik / Elektronik und des Maschinenbaus außerhalb des Plans und der Planzahlungsbilanz durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung, der unter Leitung von Alexander Schalck-Golodkowski stand, auf Kreditbasis vorzufinanzieren«. Es trat die bemerkenswerte Situation ein, dass ein dem Staatsplan nicht unterworfenen Teil der DDR-Wirtschaft, nämlich der KoKo, als Kreditgeber für den geplanten Teil agierte.

Die Rückzahlung an den Bereich Kommerzielle Koordinierung sollte im Rahmen des künftigen Planes 1991 bis 1995 durch die Plankommission gewährleistet werden. Für diese Geschäfte wurde der Begriff »Leistungsimporte« gewählt. Die Höhe dieser Leistungsimporte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre betrug etwa 6 bis 7 Mrd. VM. Das war neu und ein Wechsel auf die Zukunft. Die Plankommission hielt dieses Verfahren für möglich, weil die Finanzierung aus Guthaben der KoKo erfolgte. Diese Guthaben waren auf der Grundlage von DDR-Wirtschaftsleistungen und der cleveren Geschäftstätigkeit des Bereiches entstanden. Wäre aufgrund der schwierigen Gesamtlage eine Rückzahlung unmöglich gewesen – was absehbar war –, hätte dies keine Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber den nichtsozialistischen Ländern herbeigeführt.

Da sich die Dinge noch ungünstiger entwickelten, als es der Einschätzung dieses Beschlusses entsprach, wurde der Parteiführung im Juni 1987 erneut eine Ausarbeitung zur außenwirtschaftlichen Situation vorgelegt. Das Material trug den Titel: »Vorschläge zur Verwirklichung der grundlegenden Aufgabe, den Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW zu halbieren«. ⁶ Es handelte sich hierbei um eine Forderung, die Erich Honecker ab Mitte der siebziger Jahre in seinen Reden vor dem Zentralkomitee und bei Beratungen im Politbüro immer wieder erhoben hatte und die ohne eine Änderung der Politik immer wieder nicht erfüllt werden konnte.

Für den kleinen Kreis der damit beauftragten Wirtschaftsverantwortlichen ergab sich natürlich die Frage nach dem Sinn eines solchen Materials. Die Antwort lautete: Die der strengen Geheimhaltung unterworfenen Probleme der Valutaverschuldung der DDR konnten hiermit erneut deutlich gemacht werden. Es wurde auch zum ersten Mal direkt ausgesprochen, dass eine Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW selbst bei höchsten Anstrengungen und auch bei einer Veränderung der Wirtschaftspolitik erst in einem längeren Zeitraum bis 1995 und darüber hinaus möglich sein würde. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, dieses Material im Ministerrat zu behandeln. Ziel war es, die Lage auf diesem Gebiet einem größeren Kreis von Verantwortungsträgern zugänglich zu machen, was dann auch erfolgte.

Zu den Reaktionen hierauf gehört auch das Material, das durch den Vorsitzenden der Plankommission Gerhard Schürer mit Datum vom 26. April 1988 unter Umgehung von Mittag an Honecker übermittelt wurde und den Titel trug: »Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus«. ⁷ In dieser Ausarbeitung wurde die ökonomische Situation der DDR ohne Beschönigung charakterisiert und Vorschläge für Korrekturen der Wirtschaftspolitik unterbreitet. Sie wurde auf der Grundlage einer Gegendarstellung von Mittag nicht nur vom Politbüro zurückgewiesen, sondern auch im Ministerrat vorgelegt und verworfen.

Mit Datum vom 26. August 1988 wurde durch die Plankommission eine Analyse erarbeitet, die den Titel trug: »Zur ökonomischen Situation der DDR (Material zur Entscheidungsfindung)«. ⁸ Die Hauptprobleme der Wirtschaftsentwicklung wurden hier zusammenfassend analysiert, darunter das bedeutende Anwachsen der Salden aus Forderungen und Verbindlichkeiten

gegenüber dem NSW, das Zurückbleiben hinter der geplanten Leistungsentwicklung aufgrund der ungenügenden produktiven Akkumulation und die wesentlichen Mängel in der Struktur der Konsumtion sowie ihre Wirkung auf die Leistungsmotivation. Dieses Material wurde von Honecker am 4. September 1988 dem sogenannten »kleinen Kreis«, d. h. den für ökonomische Fragen zuständigen Mitgliedern des Politbüros einschließlich des Ministerpräsidenten, vorgelegt. Honecker berief diesen kleinen Kreis von Zeit zu Zeit ein, wollte er eine Vorabstimmung zu komplizierten ökonomischen Fragen vor ihrer Behandlung im Politbüro sichern. Aktueller Anlass waren die für die Ausarbeitung des Planes 1989 notwendigen grundsätzlichen Entscheidungen. Neu war jedoch, dass ein solches, die tatsächliche Lage offen charakterisierendes Material der Beratung als richtig und wichtig eingeschätzt wurde. Auch Honecker selbst, der einen nachdenklichen Eindruck hinterließ, brachte in seinen Schlussbemerkungen zum Ausdruck, dass es sich bei dem vorliegenden Material um Grundfragen der weiteren Entwicklung handele, »die man bei der Vorbereitung des XII. Parteitag im Auge behalten müsse«.⁹ Dieser Parteitag war für 1990 vorgesehen. Die erforderlichen grundlegenden Entscheidungen zur Wirtschaftspolitik erfolgten jedoch nicht. Sie wurden – wenn sie überhaupt ernsthaft in Betracht gezogen worden waren – auf die Vorbereitung des nächsten Parteitages verschoben.

Ein ähnliches Ergebnis zeitigte die Vorlage des Materials »Konzeption des Ansatzes für den Fünfjahrplan 1991 bis 1995 und für die staatlichen Aufgaben 1990«, das am 24. Februar 1989 im Politbüro und am 10. März 1989 im Ministerrat behandelt wurde.

Eine besondere Betrachtung erfordert in diesem Zusammenhang der Ausweis der Verschuldung in freier Valuta. Die Frage: »Wie hoch war die Westverschuldung wirklich?« ist mit unterschiedlichen Zahlen beantwortet worden. Nach Vorliegen des abschließenden Berichtes der Deutschen Bundesbank: »Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989«¹⁰ vom August 1999, den man wohl als die umfassendste und alle wesentlichen Faktoren einbeziehende Arbeit in dieser Frage betrachten kann, ergibt sich folgender Zusammenhang zwischen den einzelnen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten genannten Größenordnungen:

- In der »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen«, die dem Politbüro unter Leitung von Egon

Krenz im Oktober 1989 vorgelegt wurde, waren Verbindlichkeiten gegenüber dem NSW in Höhe von 49 Mrd. VM für Ende 1989 angegeben. Das entsprach zum damaligen Umrechnungskurs einem Betrag von 26 Mrd. \$. Dabei handelt es sich um eine Verschuldung gemäß der Gesetzeslage der DDR, d. h. es waren darin die Aktivitäten, Guthaben und Reserven des Bereiches Kommerzielle Koordinierung nicht enthalten. Sie unterlagen der strengsten Geheimhaltung und waren offensichtlich zu einem Teil nicht nachweisbar erfasst.

- Unter dem Druck der Ereignisse und der sich zuspitzenden Situation hinsichtlich der Rolle der KoKo informierten Schalck-Golodkowski und die dafür zuständige stellvertretende Finanzministerin Herta König den neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow in einem gemeinsamen Schreiben über die Guthaben dieses Bereiches. Dadurch reduzierte sich der Ausweis der NSW-Verschuldung der DDR auf 38 Mrd. VM (20,6 Mrd. \$). Diese Angabe war die Informationsgrundlage des Vorsitzenden der Plankommission an die Volkskammer der DDR im November 1989.
- Im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Juli 1990 wurde die zu diesem Zeitpunkt erfasste Verschuldung mit 24,7 Mrd. VM (14,8 Mrd. \$) angegeben, die in die Berechnung des »Erblastenfonds« einging.
- Mit dem nun vorliegenden Bericht der Deutschen Bundesbank vom August 1990 wird insgesamt für 1989, d. h. unter Berücksichtigung aller Guthaben und Verbindlichkeiten einschließlich derjenigen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, eine Nettoverschuldung der DDR in Höhe von 19,9 Mrd. VM ausgewiesen, was rund 12 Mrd. \$ zum damaligen Kurs entspricht.

Das ist offensichtlich der endgültige Umfang dieses bei allen Wertungen der ökonomischen Situation der DDR im Vordergrund stehenden wichtigen Kriteriums. Darin drückt sich eine wesentliche Entdramatisierung der Schuldsituation der DDR gegenüber den westlichen Valutaländern aus, die häufig als Hauptindiz für die angebliche Pleite der DDR herangezogen wird.

Im Bericht der Deutschen Bundesbank stellt sich die Thematik wie folgt dar: »Die Liquiditätskrise des Jahres 1982 hatte gezeigt, daß die DDR in diesem Bereich verwundbar war. Die

Schockwirkung dieses Ereignisses veranlaßte die Verantwortlichen zu einer drastischen Änderung der Verschuldungspolitik. [...] Freilich sind Liquiditätsreserven und Verschuldung nicht unabhängig voneinander zu sehen. Zu einem Teil wurden nämlich die im Kreditwege aufgenommenen Mittel dazu verwendet, die Liquiditätsreserven zu vergrößern. Unter diesen Vorbehalten ist auch zu sehen, daß es den Verantwortlichen in der DDR nach dem Beginn der achtziger Jahre relativ schnell gelungen ist, ein respektables Liquiditätspolster aufzubauen. Ende 1981 betragen die Forderungen gegenüber dem NSW noch 3,2 Mrd. VM, bis Ende 1985 waren sie auf 30,2 Mrd. angewachsen. Sie setzten sich zum großen Teil aus Guthaben der DDR-Banken, daneben aus Handelskrediten der Unternehmen sowie im relativ geringen Umfang aus Regierungskrediten zusammen.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts konnten die Liquiditätsreserven nicht ganz auf dem hohen Niveau des Jahres 1985 gehalten werden. Aber Ende 1989 lagen sie immer noch bei 29 Mrd. VM und deckten 59,3 % der Verschuldung ab. Das Verhältnis der Auslandsaktiva zu den Importen belief sich auf 158 %, d. h. sie entsprachen den Einfuhren von anderthalb Jahren.

Das zweite Ziel, die Bruttoverschuldung gegenüber den westlichen Ländern zurückzuführen, hat die DDR allerdings verfehlt. Von 40,5 Mrd. VM Ende 1982 stiegen die Verbindlichkeiten bis Ende 1989 auf 48,8 Mrd. VM. Die Verschuldung bestand überwiegend aus Bankverbindlichkeiten, deren Zunahme im Zeitraum 1982 bis 1989 zumindest der Größenordnung nach der von Banken gehaltenen Liquiditätsreserven entspricht, sowie aus Verbindlichkeiten der Unternehmen gegenüber Lieferanten. Netto, d. h. nach Abzug der Devisenreserven, erreichte die Verschuldung gegenüber den westlichen Ländern im Krisenjahr 1982 mit 25,1 Mrd. VM ihren Höhepunkt. Bis Ende 1985 ging sie auf 15,5 Mrd. VM zurück. Danach wuchs sie wieder an, Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung 19,9 Mrd. VM.«

Das ist – zehn Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Altbundesrepublik – eine bemerkenswert sachliche und faire Beschreibung der Devisensituation der DDR gegenüber dem westlichen Ausland. Auch sie widerlegt höchst offiziell das Gerede von der Pleite der Wirtschaft der DDR.

Zweifellos war das tatsächliche Volumen der Westverschuldung der DDR eine beträchtliche Hypothek. Sie war höher als das jährlich abnehmende Exportvolumen in diese Länder. Es gibt

jedoch Staaten mit einem wesentlich größeren absoluten als auch Pro-Kopf-Volumen der Außenhandelsverschuldung, bei denen weder die Frage der Verantwortung der Regierung noch des Systems gestellt wird.

Ohne eine Veränderung der Politik wäre die Zahlungsunfähigkeit der DDR jedoch in absehbarer Zeit unausweichlich gewesen. Wann genau sie eingetreten wäre, ist schwer zu sagen, im November 1989 allerdings stand sie nicht unmittelbar bevor. Ob zwei, drei oder vier Jahre später, ist heute nur noch eine hypothetische Überlegung.

Wieso in der ungeschminkten »Analyse der ökonomischen Lage« vom Oktober 1989, die im Zusammenhang mit der Ablösung Honeckers eine wichtige Rolle spielte, allein der hohe Stand der Westverschuldung der DDR mit rund 49 Mrd. VM ausgewiesen wurde, ist eine wichtige Frage. Hierfür bieten sich folgende Erklärungsmuster an:

Erstens entsprach die Darstellung der aktuellen Gesetzeslage der DDR, wonach die Guthaben und Devisenreserven des Bereiches Kommerzielle Koordinierung strengster Geheimhaltung unterlagen und kein Planbestandteil waren. Sie waren eines der bestgeschützten Geheimnisse der DDR-Ökonomie und demnach weder der Allgemeinheit noch dem Vorsitzenden der Plankommission bekannt. Selbst mit dem Brief des KoKo-Leiters Schalck-Golodkowski und der für diesen Bereich zuständigen Vize-Finanzministerin König an den Vorsitzenden des Ministerrates Modrow vom November 1989 wurden sie noch nicht vollständig aufgedeckt. Es ist zu vermuten, dass die verdeckte Guthabenverwaltung und die Verschleierungsmethoden insgesamt so perfekt, verschachtelt und vielschichtig waren, dass selbst die wenigen Wissensträger nicht auf Anhieb ihre Wirkung auf die Zahlungsbilanz übersahen.

Zweitens verfolgten verantwortliche Funktionärsträger der zweiten Ebene – und dazu gehörte offensichtlich auch Schalck-Golodkowski – die Absicht, der SED-Führung durch eine zuge-spitzte Darstellung der Lage, der sich rein rechnerisch ermittelten makroökonomischen Größen und der Konsequenzen auf drastische Weise die unausweichliche Notwendigkeit einer Veränderung der ökonomischen Politik deutlich zu machen.

Nicht vernachlässigt werden sollte die Entwicklung der Zahlungsbilanzsituation mit den sozialistischen Ländern (SW = Sozialistisches Wirtschaftsgebiet). Da es seit der Wende in verschiedenen Materialien auch dazu unterschiedliche Angaben gibt, sollen die Fakten kurz zusammengefasst werden.

Im Bericht der Deutschen Bundesbank heißt es: »Die sozialistischen Staaten waren für die DDR wesentlich gewichtigere Handelspartner als die westlichen Länder. Im Jahre 1988 entfielen rund zwei Drittel aller Warenaus- und -einfuhren auf den SW-Bereich. Der Warenaustausch mit dem sozialistischen Lager wurde entscheidend geprägt durch die Beziehungen zur UdSSR, auf die etwa 55 % des SW-Handels entfielen.«¹¹

Der Export mit den sozialistischen Ländern für den Zeitraum 1975 bis 1989 wird – im Interesse der Vergleichbarkeit umgerechnet auf Valutamark – mit 358 Mrd. VM Export und 356 Mrd. VM Import angegeben. Das ist für den gesamten Zeitraum eine erstaunlich ausgeglichene Entwicklung. Die Einbeziehung der Größen der Leistungsbilanz verändert diese Aussage nicht. Dahinter verbirgt sich jedoch im Zusammenhang mit den gravierenden Veränderungen der Rohstoffpreise ein stark schwankender Verlauf. Aufgrund des Anstieges der Erdölpreise trat 1975 bis 1982 trotz sinkender Liefermengen ein Zahlungsbilanzdefizit der DDR gegenüber der UdSSR in Höhe von 6,8 Mrd. VM ein. Der Warenimport hauptsächlich von Rohstoffen aus der UdSSR konnte damals nur aufrechterhalten werden, indem die UdSSR Liquiditätskredite gewährte. Ab 1983 konnte die DDR diese Verbindlichkeiten schrittweise zurückführen.

Gegenüber den anderen sozialistischen Ländern nahmen die Forderungen der DDR und damit die Menge ihrer Gläubigerpositionen ständig zu. So erreichte sie bereits 1983 eine Nettogläubigerposition gegenüber dem Sozialistischen Wirtschaftsgebiet insgesamt. Die Forderungen wuchsen bis 1988 auf 4,5 Mrd. VM an, während die Verbindlichkeiten nur noch 0,9 Mrd. VM betragen. Diese Forderungen in Valutamark waren letztendlich ein Aktivposten, den die DDR in die Wiedervereinigung mit einbrachte. Bei aller Unsicherheit und mit den notwendigen Abstrichen stellte dies nach dem Beitritt der DDR für die BRD zumindest eine Verhandlungsmasse für die Gestaltung der Beziehungen mit der UdSSR und den anderen ehemals sozialistischen Ländern dar.

Als ab 1986 die Rohstoffpreise zu fallen begannen, verringerten sich die Lieferungen der UdSSR. Das hing vor allem mit den ökonomischen Schwierigkeiten zusammen, die der Politik der Perestroika und der ökonomischen Reformen folgten. Im Jahre 1989 führte das zu einem Einbruch in den Außenhandelsbeziehungen. Während die DDR ihre Exporte in die UdSSR entsprechend der getroffenen Vereinbarungen auf dem Vorjahresniveau in Höhe von 16,7 Mrd. VM halten konnte, sanken die Lieferungen aus der UdSSR von 16,6 Mrd. VM 1988 auf 15 Mrd. VM 1989, d. h. um 10 %. Das führte zum höchsten Außenhandelsaldo gegenüber der UdSSR in den letzten fünfzehn Jahren. Die Nettoforderungen aus dem Außenhandel gegenüber den anderen sozialistischen Ländern waren von 2,6 Mrd. VM 1986 auf 6,1 Mrd. VM Ende 1989 gestiegen.¹²

Zur Inlandsverschuldung und zum Wert der Mark der DDR

Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung wurden mit dem Inkrafttreten der Währungsunion, d. h. mit dem ökonomischen Anschluss der DDR an die BRD am 1. Juli 1990, folgende Schulden des Staates und der volkseigenen Wirtschaft der DDR von der BRD übernommen:

28,0 Mrd. DM	interne Schulden des Staatshaushaltes
23,3 Mrd. DM	Netto-Auslandsverschuldung
38,0 Mrd. DM	Wohnungsbaukredite
104,0 Mrd. DM	Altschulden der Treuhandbetriebe
26,0 Mrd. DM	Restausgleichsposten aus der Währungs- umstellung
219,3 Mrd. DM	Gesamt

Demnach betragen die übernommenen Schulden je DDR-Bürger rund 13 682 DM. Legt man die veröffentlichten Schulden der Altbundesrepublik im Jahre 1990 zugrunde, kommt man dort auf eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von zirka 16 522 DM.

Das fordert zu folgenden Überlegungen heraus: Von den für die DDR ausgewiesenen Schulden machen die sogenannten Altschulden der der Treuhand zugeordneten Betriebe mit 104 Mrd.

DM fast die Hälfte aus. Dies waren Verpflichtungen der Staatsbetriebe gegenüber der Staatsbank bzw. dem Staatshaushalt der DDR. Betrachtet man die Zentralverwaltungswirtschaft des Realsozialismus – wie häufig behauptet wird – als ein zentralistisch geleitetes Gesamtsystem, dann handelte es sich hierbei um innere Verrechnungen im Rahmen dieses Systems. Mit Recht wird kritisiert, dass es keine voll ausgebildete wirtschaftliche Rechnungsführung der wirtschaftlichen Einheiten (Kombinate, Betriebe usw.) gab. Stattdessen wurden sie über den Staatshaushalt mit den erforderlichen Mitteln für Investitionen und Geldumlauf ausgestattet. Bei den Schulden handelte es sich demnach nicht um solche selbständiger wirtschaftlicher Einheiten. Die Verrechnung vollzog sich vielmehr innerhalb des Eigentumsträgers der gesamten Wirtschaft einschließlich des Staatshaushaltes. Da die BRD das gesamte öffentliche Eigentum, also sowohl das gesamte produktive Eigentum als auch das volkseigene Wohnungseigentum und anderes Staatseigentum einschließlich der Staatsbank übernahm, handelte es sich demzufolge um innere Verrechnungen, die sich im Rahmen eines Eigentumssubjektes ausgleichen. Diese Verbindlichkeiten der volkseigenen Betriebe (VEB) wurden in den Abschlussbericht der Treuhand als sogenannte »Altkredite« übernommen und damit Bestandteil der Abschlussbilanz des ehemals volkseigenen Produktivvermögens, das durch die Treuhand vertreten wurde.

In Übereinstimmung mit anderen Ökonomen¹³ bin ich der Auffassung, dass die Abschlussbilanz eines vierzig Jahre souverän existierenden Staates und seiner Wirtschaft nur zwei Rechnungspositionen umfassen kann:

- Die Schulden gegenüber anderen Ländern, d. h. im vorliegenden Falle die von der Bundesbank ausgewiesene Netto-Auslandsverschuldung in Höhe von 23,3 Mrd. DM.
- Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber den Spareinlagen der Bevölkerung, soweit sie als Kredite des Staatshaushaltes z. B. für die Finanzierung des Wohnungsbaus in Anspruch genommen worden sind; nach Verlautbarung der Bundesregierung sind das 38 Mrd. DM.

Es ergibt sich innerhalb der DDR somit eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von rund 3825 DM.

Selbst wenn man die in der Verlautbarung der Bundesregierung zur Währungsunion aufgeführten Positionen »28 Mrd. DM interne Schulden des Staatshaushaltes« und »26 Mrd. DM Restausgleichsposten aus der Währungsumstellung«, deren Inhalt jedoch nicht öffentlich dokumentiert wurde, noch hinzuzieht, ergibt sich eine Schuldensumme in Höhe von 115,3 Mrd. DM. Das sind pro Kopf der Bevölkerung rund 7194 DM.

Damit betrogen die Pro-Kopf-Schulden, die die DDR-Bürger in die Vereinigung einbrachten, nicht einmal 50 % derjenigen, die auf jedem Bürger der alten Bundesländer lasteten. Juristisch stehen aber die DDR-Bürger für das Abtragen dieser Schuldenlast der »Westbürger« mit in der Pflicht. Solche pauschalen Vergleiche sind freilich problematisch. Aber zunächst ergeben sie sich aus der Gegenüberstellung der Angaben, die die Treuhand hinterlassen hat.

Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes betrogen, wie bereits weiter vorn dargelegt, 123 Mrd. M. Diese erstaunlich soliden Zahlen der Staatsverschuldung wurden – sicher unfreiwillig – durch Angaben des ehemaligen Bundesfinanzministers Theo Waigel belegt. Er stellte am 22. Mai 1990 in einer Sitzung des Bundesrates fest: »Die entstehenden Finanzdefizite ... sollen zu rund einem Drittel von der DDR selbst finanziert werden. Diese Selbstbeteiligung ist zumutbar, weil die DDR mit 40 Mrd. DM – rund 13 % des Bruttosozialproduktes – eine vergleichsweise geringe Ausgangsverschuldung aufweist.«¹⁴

Das waren die richtigen Fakten und eine richtige Bewertung dazu. Gleichzeitig wird damit in einer anderen, viel diskutierten Frage offiziell Position bezogen; nämlich zur Höhe des Bruttosozialproduktes der DDR in D-Mark zum Zeitpunkt der Wende. Die Angaben des Bundesfinanzministers führen dahingehend zu einem Wert in Höhe von 313 Mrd. DM. Annähernd von dieser Größe ging nach der Wende auch das Wirtschaftskomitee der Regierung Modrow in Abstimmung mit Experten des Ökonomischen Forschungsinstituts der Staatlichen Plankommission (SPK) unter Berücksichtigung bestimmter Korrekturen aus.

Es ist in diesem Zusammenhang von beträchtlichem Gewicht, wenn Wolfram Engels, Herausgeber der »Wirtschaftswoche«, des führenden Wirtschaftsmagazins der Bundesrepublik, immerhin fast fünf Jahre nach der Währungsunion und Vereinigung – also nach genügend Zeit der Prüfung und Analyse – feststellt: »Die

alte DDR war zumindest in einer Beziehung ein grundsolider Staat: das Staatsvermögen machte ein Mehrfaches der Staatsverschuldung aus.« Kurz darauf ist seine in Ironie gekleidete Ungläubigkeit zu spüren: »Dieses ganze Vermögen hat die Bundesrepublik mit dem Beitritt geerbt – fast die ganze Industrie, beträchtliche Teile des Wohnungsvermögens, der land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Die Verwertung dieses Vermögens hat allerdings keinen Überschuß gebracht, sondern weit über eine viertel Billion Zuschuß erfordert. Das sei eben alles Schrott gewesen, wird heute behauptet.«¹⁵

Das laute und immer wieder neu aufgetischte Pleite-Geschrei entbehrt auch vom Standpunkt der inneren Verschuldung aus der sachlichen Grundlage. Die Verfechter dieser Verleumdung eines zwar untergegangenen, aber immerhin vierzig Jahre existierenden Staates sollten endlich die Fakten akzeptieren und damit auch die Arbeit und die Lebensleistung von 16,5 Mio. Deutschen. Dazu bräuchten die westdeutschen Kritiker nur die soliden Einschätzungen ihrer eigenen Politiker, Journalisten und Wissenschaftler zur Kenntnis zu nehmen.

Wie auch auf anderen Gebieten wird an der Oberfläche der Zahlen nicht die dahinter liegende Problematik sichtbar – der qualitative Unterschied, der sich vor allem aus den grundlegend verschiedenen gesellschaftlichen Systemen in den beiden deutschen Staaten ergibt. Berücksichtigt man diese, wird aus den vorliegenden Betrachtungen zumindest klar, dass das DDR-System weder gescheitert noch funktionsunfähig gewesen ist.

In diesem Zusammenhang sollte eine weitere Frage beleuchtet werden, zu der bisher wenig gesagt oder veröffentlicht wurde, die aber für die Beurteilung der Effizienz der verschiedenen Gesellschaftssysteme in Deutschland eine beträchtliche Rolle spielt. Oft wird die Behauptung aufgestellt, das Geld im sozialistischen Wirtschaftssystem, darunter in der DDR, sei nichts wert gewesen. Natürlich war es aufgrund des Produktivitätsrückstandes von etwas mehr als 50 % auch weniger »wert« als die D-Mark. Dass es tatsächlich einen bestimmten Geldüberhang gegeben hat, ist unbestritten. Aber dass das Geld – zumindest im Konsumtionsbereich – keine Realisierungsmöglichkeit gefunden hätte, ist schlichtweg falsch. Zweifellos hätte sich ein nicht anlegbarer Geldüberhang in einem besonders hohen Anstieg der privaten Spareinlagen niedergeschlagen. Die Sparquote der

DDR-Bevölkerung betrug 1988 7 % des verfügbaren Einkommens, in der BRD im gleichen Jahr 13,9 %.

Vergleicht man das durchschnittliche Geldvermögen und das Sparguthaben je Einwohner in DDR und BRD, ergibt sich für 1988 ein immenser Unterschied: Während der DDR-Bürger über 11 022 M verfügte und davon 9 091 M auf dem Sparkonto lagen, besaß der BRD-Bürger 40 747 DM und sparte 11 579 DM.¹⁶ Das Geldvermögen eines Durchschnittsbürgers der BRD betrug (ohne Berücksichtigung der gewaltigen Differenzierung) somit das 3,5- bis 4fache gegenüber einem Bürger der DDR. Bei Sparguthaben – im Allgemeinen das »Geldvermögen der kleinen Leute« – hingegen waren die Unterschiede nur gering.

Da 60 % der Geldvermögensbildung der BRD durch längerfristige Geldanlagen bei Banken, Versicherungen und Bausparkassen, durch den Erwerb festverzinslicher Wertpapiere und Aktien bestehen, wozu es in der DDR praktisch keine Möglichkeiten gab, ist die zuweilen herangezogene Gegenüberstellung der Spareinlagen nur bedingt aussagefähig. Dies spricht – zumindest im konsumtiven Bereich – keinesfalls für einen übergroßen Geldüberhang in der DDR.

Manche Ökonomen und Politiker verweisen darauf, dass selbst in vertraulichen Unterlagen der DDR-Regierung das Wertverhältnis der Mark der DDR zur D-Mark mit 4:1 angegeben wurde. Das ist richtig, doch charakterisiert das nur den Außenwert der Mark der DDR, und zwar gegenüber der D-Mark. Der Wertvergleich der Mark der DDR zum transferablen Rubel, der Verrechnungswährung mit den sozialistischen Ländern, und der innere Wert der Mark der DDR, insbesondere für die Bevölkerung, sind dabei weitgehend ausgeklammert. Bei dieser »Bewertungseinschätzung« der Mark muss berücksichtigt werden, dass der Export zu 30 % mit dem NSW, aber zu 70 % auf der Basis transferabler Rubel abgewickelt worden ist. Im sozialistischen Wirtschaftsgebiet, besonders gegenüber der UdSSR, verfügte die DDR zur Wende über bedeutende Guthaben.

Außerdem lagen die Preise für den gesamten Bereich der Grundversorgung, der Verkehrstarife und der Mieten weit unter ihrem Wert, sprich Aufwand. Somit hatte die derart verwendete Mark für ihren Besitzer einen viel höheren »Wert«. Veröffentlichte Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Westberlin kamen in den achtziger Jahren zu

dem Schluss, dass auf der Grundlage vergleichbarer Warenkörbe für Arbeiter und Angestellte die Mark der DDR im Konsumbereich der D-Mark im Verhältnis 1:1 entsprach, die Mark eines DDR-Rentners sogar den Wert von 1,50 DM ausmachte. Das halbiert z. B. den Wert der wesentlich höheren absoluten Renten der BRD um die Hälfte im Verhältnis zu den »lächerlich niedrigen DDR-Renten«.

Dass es sich hierbei um seriöse, stichhaltige Berechnungen handelt, wird auch dadurch belegt, dass in einem internen Material des Bundesfinanzministeriums, welches Theo Waigel an Helmut Kohl kurz vor dem Besuch des Ministerpräsidenten der DDR Hans Modrow am 13./14. Februar 1990 in Bonn übergeben hat, darauf Bezug genommen wird. Es heißt dort: »Das DIW hat jetzt in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut beim DDR-Ministerium der Finanzen und Preise an Hand aktualisierter Warenkörbe die durchschnittliche Verbrauchergeld-Parität aktualisiert: danach ist die Kaufkraftrelation 1 M = 1,07 DM. Da es nicht sinnvoll sein kann, im Zuge einer Währungsumstellung den Lebensstandard in der DDR noch weiter abzusenken, deutet auch die Verbrauchergeld-Parität auf einen Umstellungskurs 1:1 hin.«

Demnach waren die Berechnungen zur Kaufkraftparität der beiden deutschen Währungen im Verhältnis 1:1 als Grundlage für den Abschluss des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion offiziell auf den neuesten Stand gebracht und auch in der entscheidenden Frage zur Auswahl der Warenkörbe gründlich überprüft worden.

Häufig wird die absolute Größe eines »durchschnittlichen monatlichen Bruttoarbeitseinkommens eines vollbeschäftigten Arbeiters und Angestellten der DDR in Höhe von 1290 M«¹⁷ dem »durchschnittlichen Monatsverdienst der Arbeitnehmer« der BRD mit etwa 3500 DM gegenübergestellt. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass das Gesellschaftsmodell der BRD, ihr Tarifsystem und die Lohnhöhe davon ausgehen, dass ein männlicher Arbeitnehmer eine Familie, d. h. die im allgemeinen nicht berufstätige Ehefrau und zwei Kinder zu versorgen hat. Das Familienmodell in der DDR sah ganz anders aus. Hier waren etwa 92 % aller berufsfähigen Frauen erwerbstätig und hatten entsprechende Einkünfte, wenn auch im Allgemeinen etwas niedrigere als Männer. So ergibt sich ein Familieneinkommen von 2700 bis

2800 M. Das sind etwa 75–80 % des Familieneinkommens in der Bundesrepublik.

Aus der Lohndifferenz wird nicht selten auf Unterschiede in der Produktivität und im Lebensstandard geschlossen. Da unberücksichtigt bleibt, dass aufgrund der hohen Subventionen der DDR für alle Waren des Grundbedarfs – und das waren etwa 80 % der Ausgaben –, auf Verkehrsleistungen und Mieten eine »zweite Lohntüte« in Höhe von etwa 800 M je Arbeitnehmerhaushalt entstand, kam man zu falschen Schlussfolgerungen. Der oft angeführte Einwand, dass es auch in der BRD zentrale Ausgaben für Bildung, Gesundheitswesen usw. gäbe, die man zu den oben genannten Einnahmen noch hinzurechnen müsse, ist deshalb nicht zutreffend, weil diese Ausgaben auch in der »zweiten Lohntüte der DDR« nicht eingerechnet sind. Die DDR-Subventionen umfassen Bereiche, die in der BRD generell nicht subventioniert werden. In den achtziger Jahren war das jährlich ein Volumen von über 50 Mrd. M.

Erst unter Berücksichtigung der Wertrelation der beiden deutschen Währungen, wie sie auch durch die Untersuchungen des DIW begründet werden, und unter Hinzuziehung der oben genannten Zusammenhänge gelangt man zu einem vergleichbaren Ausdruck des Lebensniveaus in den beiden deutschen Staaten zum Zeitpunkt der Vereinigung.

Zum Vergleich des ökonomischen Niveaus BRD (alte Bundesländer) – DDR auf dem Gebiet von Produktivität und Effektivität

In der Diskussion um die Lasten der Einheit, den erforderlichen Zeitraum der Angleichung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der Höhe des sogenannten Transfers und der sogenannten Altlasten spielt der Vergleich des ökonomischen Niveaus der beiden deutschen Staaten eine wichtige Rolle. Es gibt bereits eine große Anzahl Veröffentlichungen und Meinungsäußerungen dazu. Oft gehen sie von der Frage aus, warum man sich vor und nach der Wende hinsichtlich der Dauer für die ökonomische Annäherung und den Ausgleich so gravierend geirrt habe. Schlimm ist es, wenn dieses Problem zum Gegenstand partei- und wahltaktischer Auseinandersetzungen gemacht wird; wenn es dazu benutzt wird, die Leistungen der Menschen in den neuen

Bundesländern herabzusetzen und als Ausrede und offensichtliche Fehler im Einigungsprozess zu verwenden. Dabei sollten von vornherein solche unseriösen bis unsinnigen Aussagen ausgeklammert werden, die z. B. behaupten, dass die Produktivität in der DDR bis zum Jahre 1989 das Niveau des Jahres 1950 nicht überschritten hätte¹⁸, während die Produktivität in der BRD von 1950 bis 1989 auf 389 % gestiegen sei.

Honecker stellte Mitte der siebziger Jahre auf einer Tagung des Zentralkomitees der SED fest, dass der derzeitige Produktivitätsunterschied zwischen DDR und BRD 25 % betrage.¹⁹ Das ist die einzige öffentliche Aussage von Partei und Regierung der DDR zu dieser Frage, die ein bedeutendes Zurückbleiben der DDR auf diesem Gebiet einräumte.

Eine auf gründlichen Untersuchungen basierende Stellungnahme zum Thema findet sich in den umfangreichen, vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen »Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987«, die durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Kapazitäten der BRD erarbeitet worden ist. Hier heißt es: »In der Berichtszeit ist die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit in der Industrie der Bundesrepublik weiter deutlich zurückgegangen. In der DDR stieg die Zahl der Beschäftigten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stark an, die pro Beschäftigten geleistete Arbeitszeit ist dabei nur wenig gesunken. Im Ergebnis zeigen die um die Arbeitszeit bereinigten Relationen, daß die DDR arbeitsstündlich erst 1983 etwa wieder den gleichen Abstand zur Bundesrepublik erreichen konnte, nachdem sich die Arbeitsproduktivität bis 1976 gegenüber 1970 relativ zur Bundesrepublik besonders deutlich verschlechtert hatte. Der Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik war schon 1970 wesentlich größer als bisher angenommen und liegt heute bei 50 v. H.«²⁰

Auf einer Tagung der Arbeitsgruppe des Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft »Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945« am 4./5. Februar 1994 in Jena wurde festgestellt, dass sich in jüngster Zeit »die Auffassung durchsetze, daß die Wertschöpfung pro Beschäftigten im warenproduzierenden Gewerbe im Jahre 1989 kaum mehr als ein Drittel des westdeutschen Niveaus betrug.«²¹ Diese Angabe basiert insbesondere auf einer Arbeit von Renate Filip-Köhn (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin) und Udo Ludwig

(Zentralinstitut für Wirtschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR), veröffentlicht als Diskussionspapier des DIW.

Dazu heißt es in den »Bemerkungen des Statistischen Amtes der DDR« vom 26. März 1990: »In vorliegendem Diskussionspapier wird der Versuch unternommen, mit Hilfe von Ergebnissen aus Input/Output-Tabellen beider deutscher Staaten Berechnungen zur volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, ausgedrückt als Verhältnis von Bruttosozialprodukt und Erwerbstätigen, durchzuführen und abgeleitet davon Aussagen zum Produktivitätsgefälle zwischen den beiden Volkswirtschaften zu treffen. Die Grundkonzeption der Autoren geht von der Annahme aus, die erzielten Marktpreise stellvertretend durch die Gewichte für den direkten und indirekten Faktorgehalt an Arbeit nachzubilden. Die DM-Werte für den Warenexport der DDR werden als zentraler Umsteigeschlüssel für die beiden Preissysteme angesehen. Ausgehend von diesen beiden Grundannahmen wird der Faktorgehalt an Arbeit, ausgedrückt in Erwerbstätigen der Exportproduktion, berechnet und die Produktivität der Exportproduktion stellvertretend für die Produktivität der Volkswirtschaft insgesamt unterstellt. Die Autoren leiten daraus folgende Schlußfolgerung ab: Das Produktivitätsgefälle zur Bundesrepublik liegt nicht – wie bisher angenommen – bei 1:2, sondern eher bei 1:3, ungünstigenfalls sogar noch darunter.«²²

In dieser Stellungnahme wird dargelegt, dass die Hauptschwäche bei der Ermittlung des Produktivitätsgefälles zwischen DDR und BRD im Ansatz der Rechnung liegt. Das von den Autoren berechnete Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR für einzelne Aggregate der Rechnung wie Export und Bruttosozialprodukt ist nicht nachprüfbar; es wurden offensichtlich sehr grobe Annahmen zugrunde gelegt. Ein halbwegs solider Produktivitätsvergleich setzt aber voraus, dass für eine ausreichend repräsentative Anzahl von Erzeugnissen und Leistungen Preisvergleiche durchgeführt werden, über die eine Umrechnung von Aggregaten einer Währung in die andere möglich wird. Dass dies in den Rechnungen von Filip-Köhn/Ludwig nicht geschah, ist offensichtlich und erklärt vor allem die erheblichen Abweichungen ihrer Ergebnisse gegenüber bisherigen Berechnungen sowohl in der BRD als auch in der DDR.

Das Statistische Amt der DDR kommt in seiner Stellungnahme von 1990 aufgrund eigener Berechnungen zu dem Ergebnis, dass das Produktivitätsniveau der DDR 60 % dessen in

der BRD betragen hat. Mitarbeiter des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung Berlin von 1990 in Vorbereitung auf die Verhandlungen in der Regierungsarbeitsgruppe »Herstellung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion« errechneten für die DDR – auch in Auswertung und unter Berücksichtigung von Materialien des DIW – für 1988 ein Bruttosozialprodukt in Höhe von – umgerechnet – 304 Mrd. DM.²³ Das bedeutet, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je DDR-Beschäftigtem 45 % des Niveaus der Alt-BRD und je Einwohner 53 % betrug. Von Wichtigkeit ist dabei, dass exakt definiert wird, von welcher Arbeitsproduktivität die Rede ist: von der volkswirtschaftlichen – d. h. Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner – oder beispielsweise von der Arbeitsproduktivität pro Beschäftigtem. Damit würde die Aussage in den »Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland« des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen von 1987 im Wesentlichen bestätigt.

Internationale Produktivitätsvergleiche auf volkswirtschaftlicher Ebene sind kompliziert und erfordern ein umfangreiches Dateninstrumentarium. Sowohl in der DDR als auch in der BRD wurden in den zurückliegenden Jahren – unabhängig voneinander – Niveaurelationen der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität – jeweils bezogen auf das andere Land – berechnet.

Auf beiden Seiten kann man davon ausgehen, dass der Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der BRD zwischen 45 und 55 % betrug. Das steht auch in Übereinstimmung mit der im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erarbeiteten umfassenden Analyse und Dokumentation »Am Ende des realen Sozialismus. Die Endzeit der DDR-Wirtschaft«, herausgegeben 1999. Im Beitrag von Siegfried Kupper wird zur vorstehend behandelten Problematik folgende Feststellung getroffen: »Nach Berechnungen des DIW betrug das Bruttoinlandsprodukt der DDR im Jahre 1987 266 Mrd. DM. Pro Einwohner war danach das Bruttoinlandsprodukt der DDR halb so groß wie in dem ehemaligen Bundesgebiet. Durch die stärkere Erwerbsbeteiligung ist der Produktivitätsrückstand der DDR noch größer: Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen betrug nach Berechnungen des DIW nur 35 % des bundesdeutschen Niveaus.«²⁴

Eine brauchbare Aussage zum ökonomischen Niveau eines Landes kann wahrscheinlich am sachgerechtesten anhand der Höhe des Bruttoinlandsprodukts bezogen auf die Einwohnerzahl

ausgedrückt werden. Die wird im obigen Zitat für die DDR mit etwa 50 % gegenüber der BRD angegeben. Was die Aussage zur Produktivität, bezogen auf das BIP pro Erwerbstätigen betrifft, die mit 35 % angegeben wird, muss Folgendes angemerkt werden: Sie ist eine durchaus wichtige Kennziffer – wenn man dabei ökonomische und soziale Umfeldbedingungen berücksichtigt. Vergleicht man allerdings eine Volkswirtschaft mit verwirklichter Vollbeschäftigung wie die DDR, in der auch 92 % aller arbeitsfähigen Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgingen, mit einer Volkswirtschaft, die im zugrunde gelegten Vergleichszeitraum 2 bis 3 Mio. Arbeitslose aufwies, die jedoch einfach unberücksichtigt bleiben, dann werden unter der scheinobjektiven Oberfläche von glatten Zahlen völlig unterschiedliche Phänomene verglichen. Wenn man außerdem berücksichtigt, dass etwa ein Drittel der erwerbstätigen Frauen in der BRD verkürzt gearbeitet haben, dann drückt das natürlich die numerisch ausgewiesene »Arbeitsproduktivität« pro Erwerbstätigen. All diese Ungenauigkeiten bilden die Ursachen des vermeintlichen ökonomischen Rückstandes der DDR-Wirtschaft.

Die Ursachen des ökonomischen Rückstandes der DDR-Wirtschaft

Über diesen Rückstand wird viel gesprochen und geschrieben, und das wird hauptsächlich dem Versagen des sozialistischen Wirtschafts- und Planungssystems zugeschrieben. Ist das sachlich richtig und gerechtfertigt?

Wie bereits dargelegt, kommen seriöse Untersuchungen und Analysen zum Arbeitsproduktivitätsniveau sowohl von wissenschaftlichen Einrichtungen in den alten Bundesländern als auch in der DDR zu dem Schluss, dass die in diesem Zusammenhang besonders aussagefähige Kennziffer Wirtschaftliche Leistung (= BIP) pro Einwohner in der DDR etwa 50 % derjenigen in der alten Bundesrepublik betragen hat. Auch das ist noch eine beträchtliche Differenz. Ist das aber ein Beweis für das Scheitern des sozialistischen Wirtschaftssystems in der DDR? Die Gegenüberstellung von nackten Zahlen ist offensichtlich nicht ausreichend, um diese Frage zu beantworten.